



Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
24.07.2025 Dürener Zeitung: Castoren: Bund und Land reden offenbar doch nicht miteinander	4
Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV	6
24.07.2025 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Politikerin warnt: EU-Finzen bedrohen Wirtschaft in MV	7

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Castoren: Bund und Land reden offenbar doch nicht miteinander

Antworten der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken wirft neue Fragen auf. Die kritisieren, dass die Landesregierung „nicht mit der erforderlichen Konsequenz“ versucht, die anstehenden Castortransporte zu verhindern.

Jülich Hat die schwarz-grüne Landesregierung in NRW das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Ziel, unnötige Castorentransporte zu vermeiden, „nicht mit der erforderlichen Konsequenz“ umgesetzt, wie es Hubertus Zdebel, Sprecher für Atompolitik im Landesvorstand der Partei Die Linke formuliert? Zumindest soll die zuständige NRW-Ministerin Mona Neubaur seit Ende 2022 nicht mit dem Bundesumweltministerium über die Frage gesprochen haben, wie statt den Atomtransporten ein neues Zwischenlager am Standort Jülich finanziert werden könnte. Das verwundert auch deshalb, weil mit Steffi Lemke auf Bundesebene eine Parteikollegin von Neubaur im Amt war.

Zdebel bezieht sich bei seiner Bewertung auf Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion seiner Partei. Ende Mai hatte die zuständige NRW-Ministerin Mona Neubaur (Grüne) vom Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (MWIKE) eine Initiative angekündigt, mit der neuen Bundesregierung die Frage der Zwischenlagerung der 300.000 radioaktiven Brennelemente-Kugeln aus dem AVR-Versuchsreaktor in Jülich zu klären.

Seit 2014 ohne Genehmigung Weil das Jülicher Zwischenlager seit 2014 ohne gültige Betriebsgenehmigung ist und geräumt werden muss, gibt es neben der Option, die in Jülich eingelagerten 152 Castoren nach Ahaus zu bringen, auch die Möglichkeit des Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich. Das Problem: Weil der Neubau aus Sicht der zuständigen Bundesministerien deut-

lich teurer wäre, präferiert der Bund die Transporte. Aber nicht nur: Auch der Zeitaspekt spielt eine Rolle. Eine erneute Betriebsgenehmigung für das zu räumende Zwischenlager steht weiterhin aus, deshalb sieht der Bund in der Transport-Option die am schnellsten umzusetzende Lösung.

Ende Mai hatte Neubaur in einer Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Landtags in Düsseldorf noch die Hoffnung geweckt, eine andere Option erreichen zu können: „Wir hoffen nun, in einen konstruktiven Austausch mit den neuen Hausspitzen treten zu können, um in dieser Sache eine ziel- und interessengerechte Lösung zu finden“, stellte Neubaur in Aussicht. Stattgefunden haben diese Gespräche bisher aber offenbar nicht.

Auch in der Vergangenheit ist darüber nicht gesprochen worden, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Linken hervorgeht. „Es hat keine Gespräche zwischen dem Bund und dem Land zu einer von dem vereinbarten Finanzierungsschlüssel abweichenden Finanzierung eines Zwischenlagerneubaus in Jülich gegeben“, teilt das Bundesumweltministerium für die Bundesregierung mit.

Dabei waren die Zuständigkeiten klar. Neubaur hätte für das Land sprechen müssen, Parteikollegin Steffi Lemke für den Bund. Gespräche wären aber erforderlich gewesen, wenn das Land eine 100-prozentige Kostenübernahme für ein neues Zwischenlager hätte vermeiden wollen, wie der Bund es im November 2022 vorgeschlagen hatte. Die

Antwort hat auch deshalb eine gewisse Brisanz, weil es nicht nur aktuell keine Gespräche dazu gegeben hat, sondern seit November 2022 nicht. Dabei hatte das NRW-Wirtschaftsministerium auf Anfragen in dem Zusammenhang darauf verwiesen, dass es zu dem Thema vertrauliche Schreiben der Ministerin geben solle, zu deren Inhalt man sich nicht äußern könne.

Wie eine Standardauskunft, „Im regelmäßigen Austausch“ stehe das Bundesumweltministerium derzeit lediglich mit dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und der Atomaufsicht des Landes NRW. Das ergibt sich schon durch den Umstand, dass das BASE zuletzt Ende Juni angekündigt hatte, dass man „kurz vor der Genehmigung“ der Castor-Transporte stehe. Dem Bundesumweltministerium lag zu diesem Zeitpunkt bereits nach einer Anhörung des Neubaur-Ministeriums ein überarbeiteter Entwurf dieser Genehmigung vor.

Ob es zu den von Neubaur angekündigten Gesprächen noch vor einer Erteilung der Transportgenehmigung kommen wird, ist unklar. Das hängt wesentlich davon ab, ob der neue Bundesumweltminister Carsten Schneider (SDP) selbst in das Verfahren eingreifen wird. Das Bundesumweltministerium sei „stets offen für Gespräche mit den Atomaufsichten der Länder, so auch mit dem MWIKE“, heißt es in der Antwort auf die Anfrage der Linken dazu nur. Das klingt nach einer Standardauskunft.

Wörter:	614	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	von Burkhard Giesen	Ausgabe:	Nebenausgabe
Seite:	15	Auflage:	10.983 (gedruckt) ¹
Ressort:	Düren		11.089 (verkauft) ¹
Rubrik:	Dürener Zeitung		11.170 (verbreitet) ¹
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite:	0,04066 (in Mio) ²
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 10/2024

² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Industrie / Wirtschaft / Gewerbe MV

Politikerin warnt: EU-Finzen bedrohen Wirtschaft in MV

EU-Parlamentarierin Sabrina Repp (SPD) aus MV sieht die Brüsseler Budget-Pläne sehr kritisch

Die EU-Parlamentarierin Sabrina Repp (SPD) aus MV kritisiert im OZ-Gespräch die Budget-Pläne aus Brüssel: Sie könnten im Land das Wirtschaftswachstum abwürgen und den sozialen Zusammenhalt gefährden.

Im vergangenen Jahr hatte Mecklenburg-Vorpommern mit 3,5 Prozent das zweithöchste Wachstum aller deutschen Bundesländer. Nur Hamburg war besser. Doch diese positive Entwicklung könnte in Gefahr sein:

Die EU-Parlamentarierin Sabrina Repp (SPD) aus MV warnt vor den Budget-Plänen aus Brüssel: Sie könnten nicht nur das Wirtschaftswachstum im Land abwürgen, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, sagt sie im OZ-Gespräch.

Denn wichtige EU-Mittel zur Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb von Europa könnten künftig gestrichen werden oder an MV vorbeifließen, sagt die mit 26 Jahren jüngste deutsche Abgeordnete im EU-Parlament.

Es geht um die Neuordnung der EU-Finzen ab dem Zeitraum 2028-34. Diese sieht laut Repp einerseits vor, dass Fördergelder künftig nicht mehr von den Bundesländern, sondern zentral von der Bundesregierung verteilt werden.

Zudem soll der Förderbedarf nicht mehr im nationalen, sondern im internationalen Vergleich bemessen werden. Das würde heißen: Obwohl MV im bundesweiten Vergleich immer noch hinterherhinkt, müsste es mit Einbußen rechnen, weil es deutlich wirtschaftsstärker ist als Regionen vor allem in osteuropäischen Ländern.

„Wir sehen die Gefahr, dass manche Regionen künftig außen vor bleiben. Gera-

de MV profitiert derzeit noch stark von den EU-Mitteln und würde wohl hinten runterfallen“, warnt Repp. „Das stellt uns vor gewaltige Herausforderungen.“

Betroffen wären unter anderem der sogenannte Kohäsionsfonds, der Europäische Sozialfonds und die Mittel für den ländlichen Raum, aus denen vor allem gesellschaftliche, Umwelt- und Infrastrukturprojekte finanziert werden.

„Viele Menschen können mit diesen Begriffen nichts anfangen“, so Repp, „aber wenn man ihnen sagt: ‚Euer Bürgerhaus kann künftig nicht mehr saniert werden‘, dann sind sie doch schockiert.“

Die SPD-Politikerin nennt Beispiele in MV, die es ohne diese Mittel wohl nie gegeben hätte oder deren Zukunft auf dem Spiel stehe: „In Zisslow, einem Dorf an der Mecklenburgischen Seenplatte, soll die Stelle einer Gemeindefschwester eingerichtet werden, die Bewohner bei kleinen Beschwerden aufsuchen können.“

In Stolpe an der Peene sei in der Corona-Zeit ein Konferenzsystem angeschafft worden, mit dessen Hilfe man trotz der Einschränkungen mit den polnischen Nachbarn in Kontakt bleiben konnte.

Selbst der neue OP-Saal der HNO-Klinik in Rostock oder die flächendeckende Schulsozialarbeit hingen an diesen Tröpfchen. „Ohne die EU gäbe es viele Projekte in MV nicht“, stellt Repp klar. „Wenn die Förderung nicht mehr mög-

lich ist, wird das konkrete Auswirkungen auf unser Land haben.“

Das Problem: Viele der Gruppen oder Einzelpersonen, die sich in MV für solche Projekte engagieren, haben nicht das nötige Wissen oder die Erfahrung, sich mit den Förderanträgen herumzuschlagen und sie auch auf politischer Ebene durchzusetzen - anders als bundesweit aufgestellte, große Organisationen. Unsere regionalen Projekte müssten dann gegen nationale konkurrieren, etwa mit Amnesty International Deutschland“, sagt die Tessinerin.

Auch die Direkthilfen für Landwirte, von denen MV derzeit massiv profitiert, wären betroffen. Die Pläne sehen vor, die Höchstförderung für einen Betrieb auf 100.000 Euro zu deckeln. „Das würde gerade unseren großen Betrieben in Ostdeutschland schaden“, sagte Repp. Ähnlich hatte sich auch Agrarminister Till Backhaus (SPD) geäußert.

Mit der SPD im Schweriner Landtag sieht sich Repp auf einer Wellenlänge: Diese hatte am vergangenen Freitag einen Dringlichkeitsantrag zum Schutz der bisherigen EU-Regionalförderung eingebracht.

„MV braucht keine nationalstaatlichen Einheitsfonds aus Brüssel oder Berlin. Unsere Landwirte, unsere Kommunen, unsere Träger brauchen Planungssicherheit, Mitspracherecht und verlässliche Unterstützung aus Europa“, sagte der Fraktionsvorsitzende Julian Barlen.

Wörter:	576	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Axel Büssem tmt6lhiawmwwfdl5i467u0	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	17	Auflage:	16.720 (gedruckt) ¹
Ressort:	Mecklenburg-Vorpommern		20.234 (verkauft) ¹
Medienkanal:	PRINT		21.834 (verbreitet) ¹
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite:	0,06341 (in Mio) ²
Medientyp:	PRINT		

¹ von PMG gewichtet 04/2025

² von PMG gewichtet 7/2024